



4. SITZUNG DES GEMEINDEPARLAMENTES

Donnerstag, 1. Dezember 2016, Rathaussaal

Vorsitz	Martin Müller (GP), Präsident
Protokoll	Reto Marty, Gemeindeschreiber
Büro	Martin Brenner (FDP), Vizepräsident Lukas Madörin (EDU), Stimmzähler Stefan Wolfer (SVP), Stimmzähler
Zeit	19:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Appell

Gemeindeparlament

anwesend	30
entschuldigt	-

Gemeinderat

anwesend	6
entschuldigt	1

Traktandenliste

1. **Genehmigung der Traktandenliste**
 2. **Voranschläge 2017**
 3. **Änderung des Baureglements (Art. 8a, 10a, 23b) und Umzonung der Parzellen Nrn. 1346 (Teilfläche), 1389 und 2906**
 4. **Interpellation Beck / Curau „Kommission Neugestaltung Bahnofsareal“**
 5. **Verschiedenes**
-

Präsident Martin Müller (GP) begrüsst die Anwesenden: „Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Parlamentarier und Parlamentarierinnen, liebe Gäste, zur heutigen Sitzung begrüsse ich Sie herzlich. Seit unserer letzten Palamentssitzung ist in Weinfelden einiges geschehen.“

Am WEGA-Freitag fand das traditionelle Fussballspiel Kantonsparlament gegen Gemeindeparlament statt. Die Weinfelder Mannschaft bestand wie seit Jahren aus jungen Angestellten und Lehrlingen der Gemeindeverwaltung, geschwächt durch einen deutlich älteren Gemeindeparlamentarier. Wegen der jüngeren Beine und der besseren Klasse haben wir Weinfelder 4 zu 0 gewonnen. Wer als Gemeindeparlamentarier auch einmal siegen möchte, ist herzlich eingeladen, an der nächsten WEGA mitzuspielen.

Auf politischer Ebene hat der Gemeinderat die Ortsplanrevision veröffentlicht, welche er zusammen mit einer Kommission in intensiven Diskussionen erarbeitet hat. Etwas später hat die SVP ihre Initiative für eine Steuerfuss-Senkung auf 60 % lanciert. Sie möchte damit im Vergleich zu heute auf ca. 1.2 Millionen Franken Steuereinnahmen verzichten. Beide Themen werden uns heute direkt oder indirekt beschäftigen.

Ganz speziell begrüsse ich die Jungbürgerinnen und Jungbürger, welche auf der Tribüne sitzen. Ursi Senn und ich haben ihnen einiges vor unserer Sitzung erläutert. Jetzt wollen sie Eins zu Eins miterleben, wie das Gemeindeparlament funktioniert. Am Apéro nach der Sitzung haben sie die Möglichkeit mit uns Mitgliedern des Parlaments über Gott und die Welt und vielleicht auch über Politik zu diskutieren. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben also die Möglichkeit die Jungbürgerinnen zu überzeugen, dass unser Parlament spannend und interessant ist. Nützen wir diese Chance!"

1. Traktandenliste

Präsident: Gegen die Traktandenliste erfolgen keine Einwendungen. Damit gilt sie als genehmigt.

2. Voranschläge über den Allgemeinen Gemeindehaushalt für das Jahr 2017

2.1. Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

2.2. Allgemeiner Gemeindehaushalt

Das Referat des Kommissionspräsidenten Simon Wolfer (CVP) liegt dem Protokollführer schriftlich vor. Es wird daher im Wortlaut wiedergegeben:

Kommissionspräsident:

Die Kommission, bestehend aus den Mitgliedern Elsi Bärlocher (SVP), Susanna Brüscheiler (EVP; Vizepräsidentin), Martin Müller (GP), Steven Müller (JA), Markus Rizzolli (SVP), Marcel Tanner (FDP) und Simon Wolfer (CVP; Präsident), hat den vorliegenden Voranschlag 2017 an drei Sitzungen diskutiert und beraten. Gemeindepräsident Max Vögeli war wie üblich an zwei Kommissionsitzungen anwesend und erteilte der Kommission zahlreiche Auskünfte. Ebenso informierte der Leiter der Finanzverwaltung, Erwin Wagner, die Kommission über den Voranschlag. Die von der Kommission gestellten Fragen wurden vorbehaltlos beantwortet. Ebenso erhielt die Kommission, wo gewünscht, Akteneinsicht.

Dieser Bericht ist eine Zusammenfassung einzelner ausgewählter Themengebiete, Anregungen und Fragen, welche die Kommission bearbeitet hat. Er enthält einige klärende Hinweise an die Mitglieder des Gemeindeparlaments sowie Empfehlungen und Erwartungen an den Gemeinderat und an die Gemeindeverwaltung.

Der vorgelegte Voranschlag 2017 basiert auf folgenden Grundlagen:

- *Gemeindesteuerfuss: 62 % (entspricht einer Senkung von 3 % oder ca. Fr. 720'000.-).*
- *Abschreibungen des Verwaltungsvermögens: grundsätzlich mindestens 10 % vom Restbuchwert bzw. nach den Vorgaben von HRM2.*
- *Kein Teuerungsausgleich bei den Besoldungen.*

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2017 sieht einen Aufwand von Fr. 31'114'200.00 und einen Ertrag von Fr. 30'393'200.00 vor. Dies ergibt einen Aufwandüberschuss von Fr. 721'000.00.

Das Investitionsbudget enthält Nettoinvestitionen von Fr. 6'225'000.00. Schwerpunkte bilden die vom Stimmvolk oder vom Gemeindeparlament bereits beschlossenen Projekte Neubau Sicherheitszentrum, Sanierung Freiestrasse, Velonische Bahnhof Süd und Ausbau der Basis des Rettungsdienstes im Depot West.

Erfolgsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Konto 0130.3000.01 Wahlen, Kommissionen, Diverses – Entschädigung Behörden und Kommissionen

Der Gemeinderat weist auf Anfrage der Kommission darauf hin, dass versehentlich eine Übernahme des Betrags von Fr. 30'000.00 vom Budget 2016 ins neue Budget 2017 erfolgte. Weil 2017 kein Wahljahr ist, wird mit Ausgaben von rund Fr. 13'000.00 gerechnet.

Konto 0221.3130.04 Kanzlei – Reorganisation Gemeindearchiv

Im Jahr 2015 wurden ein neues Archivreglement und ein Pflichtenheft für den Archivverantwortlichen erarbeitet, zudem begann die Erarbeitung eines neuen Registraturplans. Weiter fand der Transfer der Archivdatenbank in eine zeitgemässe Datenbanklösung und das virtuelle Umordnen der Datenbankeinträge statt. Im Jahr 2017 steht noch die Aktualisierung des physischen Archivs, die Bearbeitung der Abteilungsablagen und die Schulung der Mitarbeitenden an. Die Kosten dafür werden sich gemäss Offerte auf rund Fr. 8'000.00 belaufen. In der Folge (d.h. im Jahr 2018) wäre gemäss Gemeinderat noch das Umpacken des historischen Archivs zu prüfen. Dafür wird mit Kosten von ca. Fr. 6'500.00 gerechnet. Zudem wird der Gemeinderat später noch entscheiden, ob für die Anlaufphase ein für eine gewisse Zeit jährlich wiederkehrender Betrag in der Grössenordnung von Fr. 2'000.00 bis Fr. 3'000.00 für die professionelle Begleitung des Archivs ins Budget aufgenommen werden soll.

Eine Anpassung an die heutigen Archivierungsstandards hält die Kommission für vertretbar, es sollte aber darauf geachtet werden, dass die Handhabung so einfach wie möglich und damit verbunden die Kosten tief gehalten werden.

Konto 0291.3144.00 Rathaus – Baulicher Unterhalt

Eine Ersatzbeschaffung neuer Vorhänge für den Rathaussaal wird budgetiert, weil sich bei der letzten Reinigung im Jahr 2015 zeigte, dass die Vorhänge Risse und Löcher aufweisen. Eine erneute Reinigung ist deshalb nicht mehr möglich. Es ist deshalb ein Ersatz budgetiert.

1 Öffentliche Sicherheit

Konto 1500.3112.00 Feuerwehr – Anschaffung Ausrüstung

Der budgetierte Ersatz der Brandschutzjacken für die Einsatzkräfte ist nötig, weil die alten, teils zehnjährigen Jacken die neusten Sicherheitsstandards nicht mehr erfüllen. In den letzten beiden Jahren mussten bereits etliche Jacken durch ein neues Modell ersetzt werden. Weil sich dieses neue Modell bereits bewährt hat, erfolgt keine Evaluation und Ausschreibung.

3 Kultur und Freizeit

Konto 3415.3144.00 Sportanlagen – Baulicher Unterhalt

Für die sportfunktionellen Eigenschaften und die Langlebigkeit des Kunstrasens braucht es stets die richtige Menge an Verfüllgranulat. Dies gehört zum regelmässigen Unterhalt durch die Sportwarte. Zudem muss nach 2-3 Jahren der ganze Kunstrasenfußballplatz nachgranuliert werden, was mit Fr. 25'000.00 für das kommende Jahr budgetiert wird. Es ist bedauerlich, dass diese hohen wiederkehrenden Kosten bei der Abstimmung über den Kunstrasenplatz nicht kommuniziert wurden. Offenbar erhielt die Gemeinde seitens des Lieferanten keine Angaben zu diesem wiederkehrenden Aufwand.

Die budgetierte Bewässerung des Fussballplatzes 1 führt gemäss Gemeinderat zu einer Optimierung der Arbeitsabläufe. Sie führt zu einer erheblichen Zeitersparnis für die Sportwarte. Durch die Programmierung der Bewässerungszeit und der Wassermenge kann zudem der Wasserverbrauch optimiert werden.

Daniel Engeli (SVP): Auf Seite 17 der Botschaft ist angegeben, dass der Gemeinderat optimistisch budgetiert hat. Bei den Sportanlagen wurden gegenüber der Rechnung 2015 die Einnahmen jedoch 76'000 Franken tiefer budgetiert. Dabei handelt es sich um Einnahmen Schwimmbad, Hallenbad, Eishalle, Sportanlage. Weshalb ist dies so? Mit der neuen Infrastruktur in der Eishalle und dem neuen Vertrag mit Hockey Thurgau sollte es doch Mehreinnahmen geben.

Elsi Bärlocher (SVP): Der Rettungsdienst zieht aus der Halle neben dem Theaterhaus aus. Im Budget sind 10'000 Franken für ein Konzept für die neue Nutzung dieser Räumlichkeiten eingestellt. Das Theaterhaus hat ja schon ein Konzept, wie es die neuen Räumlichkeiten brauchen würde. Braucht es da noch zusätzliche Abklärungen durch die Gemeinde, die 10'000 Franken kosten. Muss dies extern in Auftrag gegeben werden?

Gemeinderat Valentin Hasler: Für mich ist die Frage von Daniel Engeli schwierig nachzuvollziehen. Im Budget 2017 sind im Vergleich zum Budget 2017 Mehreinnahmen prognostiziert. Im Konto Eisfeldvermietung sind Fr. 10'000.00 mehr budgetiert und auch bei den anderen Bereichen sollte es eher Mehreinnahmen geben. Allenfalls gibt es Differenzen aufgrund der Umstellung des Rechnungsmodells. Zur

Fragen von Elsi Bärlocher kann ich sagen, dies wurde korrekt bemerkt. Das Konzept wurde vom Theaterhaus bereits ausgearbeitet. Die baulichen Massnahmen müssen aber genauer angesehen werden. Es kann dann gesagt werden, was es kosten wird. Erfolgt dieser Zwischenschritt nicht, sind die Kosten nicht genau genug zu beziffern. Auch das Bauamt könnte diese Arbeit machen, es gibt dort aber sehr viele andere Arbeiten, die erledigt werden müssen, deshalb ist die Erarbeitung durch Externe vorgesehen.

4 Gesundheit

Konto 4210.3636.02 Ambulante Krankenpflege – Beitrag Verein Spitex

Die Kommission begrüsst es, dass mit dem Verein Spitex nun eine Einigung gefunden werden konnte, bei der die Beiträge der Gemeinde Weinfelden merklich gesenkt werden, ohne dass die Spitex ihr Leistungsangebot wesentlich einschränken muss.

5 Soziale Wohlfahrt

Konto 5350.3636.00 Alterspolitik – Koordinations- und Beratungsstelle

Die Kommission schaut der Schaffung der Koordinations- und Beratungsstelle skeptisch entgegen. Sie zweifelt, ob diese Stelle im Verhältnis zur Einwohnerzahl genügend Nutzer finden wird. Die Eingliederung in die Pro Senectute dürfte zwar effizient und vergleichsweise kostengünstig sein (was zu begrüßen ist). Doch fragt sich, ob die Unabhängigkeit der Stelle für die Beratungssuchenden erkennbar ist. Zudem muss ein besonderes Augenmerk auf die Neutralität der Beratung gerichtet werden, weil diese nicht bestimmte Leistungsanbieter bevorzugen darf.

Die Kommission erwartet, dass dieses Angebot im Sinne eines Pilotversuchs kritisch analysiert und evaluiert wird. Sie bittet den Gemeinderat, anlässlich der Beratung der Rechnung 2017 einen ersten Bericht zu erstatten.

Alexandra Beck (CVP): Zu 5350.3132.00 Seniorennetz / Projekte (S. 50)

2015 wurde das Alterskonzept durch die FHSG für geschätzte Fr. 20'000.00 evaluiert. Ein Bericht wurde erstellt, diverse Massnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen und vom Gemeinderat am 15.12.2015 verabschiedet. Wie sollen diese Massnahmen umgesetzt werden, wenn der Budgetbetrag des Seniorennetzes 2016 mit Fr. 6'000.00 gleich bleibt wie 2015? 1. Von was für einer Stelle sprechen wir nun genau in diesem Budgetposten? Von einer Koordinations-, einer Anlauf- oder einer Beratungsstelle? Was ist der Unterschied? 2. Wie kann die Pro Senectute, welche diese Anlaufstelle betreiben wird, gewährleisten, dass sie als „neutrale“ Anlaufstelle angesehen wird? 3. Wurden andere Varianten für die Betreibung dieser Anlaufstelle geprüft?

Daniel Engeli (SVP): *Den Ämtern wird attestiert, dass sie gut arbeiten und die Rückerstattungen gut bewirtschaften. Bei den Unterstützungen der vergangenen Jahre beliefen sich die Rückerstattungen 2014 auf 51 %, 2015 auf 60 % und für 2017 sind sie nur auf 46 % voranschlagt. Es könnte doch optimistischer budgetiert werden.*

Samuel Curau (JA): *Das Konto 5330.3099.00 bezieht sich auf Leistungen für die pensionierten Mitarbeitenden der Gemeinde. Es beinhaltet Kosten für Reka-Checks und Anlässe. Weshalb wird den pensionierten Mitarbeitenden das Angebot gemacht und wieso erhöht sich dieser Posten? Hat die Länge des vorhergehenden Anstellungsverhältnisses einen Einfluss?*

Gemeinderätin Ursi Senn: Besten Dank für diese Frage. 2015 wurde das Alterskonzeptes aus dem Jahr 2006 in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule St.Gallen evaluiert, entsprechend wurde ein neuer Massnahmenplan erstellt. Im Massnahmenplan Unter Punkt 5.5 Beratung und Information von Senioren werden als Massnahmen die angemessene Beratung und Information von Seniorinnen und Senioren und die Prüfung der Zusammenarbeit mit der Pro Senectute zur Nutzung von Synergien definiert. Wir verstehen darunter eine Anlaufstelle für Altersfragen. Die Umsetzung dieser Massnahme ist für uns zentral. Das Seniorennetz hat verschiedene Varianten für die Anlaufstelle geprüft. Wir haben uns auch über die Anlaufstelle für Altersfragen in Frauenfeld informiert. Das Seniorennetz ist zum Schluss gekommen, dass die Synergien durch die Zusammenarbeit mit der Pro Senectute von Vorteil sind und die Nachteile bei einer eigenen Lösung überwiegen. Die Zielsetzungen der Anlaufstelle sind: Ältere Bevölkerung und deren Bezugspersonen bekommen eine Anlaufstelle für alle altersspezifischen Fragestellungen. Die Anlaufstelle informiert kompetent über das vorhandene Angebot in Weinfelden und verweist, vermittelt nach Wunsch direkt an die zuständige Organisation; die Anlaufstelle soll einen niederschwelliger Zugang zum altersspezifischen Informations-, Dienstleistungs- und Unterstützungsangebot von Weinfelden bieten. Als Beispiel: Eine ältere Person ist überfordert mit der Pflege des Partners, die Anlaufstelle bedient die Person nicht nur mit Broschüren und lässt sie dann damit allein - wir stellen uns vor, dass die Leitung der Anlaufstelle in einer solchen Situation nach Wunsch direkt einen Termin mit der gewünschten Institution vereinbart, die Hilfe suchende Person allenfalls sogar begleitet – somit sollen besonders auch Hemmschwellen abgebaut werden.

Für die Weinfelder Bevölkerung muss die Anlaufstelle: Über regelmässige Öffnungszeiten verfügen. Durch die Zusammenarbeit mit der Pro Senectute kann hier eine wichtige Synergie genutzt werden. Die Anlaufstelle der Gemeinde soll mit 20 % dotiert sein, verfügbar wird sie aber rund 2.5 Tage pro Woche sein. Dies ist nur durch die enge Verflechtung mit der Pro Senectute möglich. In meinen Augen ein echter Zusatznutzen; die Anlaufstelle muss möglichst neutral und kompetent Auskunft über alle Angebote vor Ort geben können. Die Neutralität der Anlaufstelle muss speziell beachtet und auch eingefordert werden; die Anlaufstelle muss zwingend als Angebot der Gemeinde Weinfelden in Erscheinung treten. Die Kommunikation muss entsprechend aufgegleist werden.

Ich bin überzeugt, dass die Anlaufstelle für Altersfragen eine wichtige Lücke für den Beratungs- und Informationsbedarf von älteren Menschen und deren Angehörigen schliesst. Im Konzept für die Anlaufstelle für Altersfragen wird die Koordinationsstelle Alter der Gemeinde Weinfelden erwähnt. Diese Stelle muss nicht neu geschaffen werden. Roger Häfner hat für das Ressort Gesellschaft und Gesundheit 20 Stellenprocente zur Verfügung. Er übernimmt wichtige koordinative Aufgaben. Im Altersbereich ist dies die Koordination mit dem Seniorennetzwerk und den daraus resultierenden Aufgaben. Das Ressort Gesundheit und Gesellschaft verfügt über sehr bescheidene personelle Ressourcen, wir setzten diese möglichst gewinnbringend ein. Uns ist es wichtig, der Bevölkerung von Weinfelden zu dienen, und nur gerade so viel Arbeit wie nötig in die Konzepterarbeitung zu investieren. Das Konzept für die Anlaufstelle verstehen wir als Grobkonzept, welches durch die Arbeit wenn nötig noch präzisiert wird.

Gemeindepräsident Max Vögeli: Seit über 30 Jahren vergünstigt die Gemeinde Weinfelden ihren Mitarbeitern und Pensionierten den Bezug der REKA-Checks mit 20 Prozent Rabatt. Alleinstehende können bis 800.00 Franken und Verheiratete bis max. 1'000.00 Franken REKA-Checks pro Jahr beziehen. Wenn ein Mitarbeiter der Gemeinde aus dem Angestelltenverhältnis in Pension geht, hat er auch weiterhin das Recht zum Bezug der REKA-Checks. Dabei gelten die gleichen Bedingungen wie für

die aktiven Angestellten. 2014 haben 46 Rentner für total Fr. 33'700.00 bezogen, was einen Gemeindeanteil von Fr. 6'740.00 ausmacht. 2015 haben 48 Rentner für total Fr. 35'200.00 bezogen, was einen Gemeindeanteil von Fr. 7'040.00 ausmacht.

Ein Rentneranlass findet alle 2 Jahre statt und verursacht jeweils Kosten zwischen 2'000 und 3'000 Franken. Beim Anlass ist die Teilnehmerquote fast 100 %. Die Budgetanpassung auf 8'000.00 Franken entspricht eher der Realität, zudem sind weitere Mitarbeitende pensioniert worden.

Samuel Curau (JA): Ich finde den Anlass für die Pensionierten sehr gut. Auf den vergünstigten Bezug der Reka-Checks könnte meiner Ansicht nach jedoch verzichtet werden. Ich stelle deshalb den **Antrag: Das Reka-Check Angebot für Pensionierte Mitarbeitende soll gestrichen werden. Der Betrag auf dem Konto 5330.3099.00 soll um 5'000.00 Franken auf 3'000.00 Franken gekürzt werden.**

Diskussion:

Gemeindepräsident Max Vögeli: Bei einem Budget von über 30 Mio. Franken muss das Parlament selber entscheiden, ob es 5'000.00 Franken bei den Pensionierten sparen will.

Fritz Streuli (SP): Ich möchte einen Einblick von meinen Berührungspunkten mit den Einlösern geben. Die Reka-Checks werden ja häufig am Bahnschalter eingelöst. Dieses Angebot der Vergünstigung durch die Arbeitgeber wird von den Nutzern sehr geschätzt. Es ist eine Position die stehen gelassen werden sollte.

Manuel Strupler (SVP): Ich möchte eine Ergänzung anbringen. Es soll nicht auf die Kosten der Rentner sondern nur auf die Kosten der pensionierten Mitarbeitenden der Gemeinde gespart werden. Diese sind ja mit einer nicht schlechten Rente ausgestattet. Es braucht keine zusätzlichen Reka-Checks. An anderen Orten gibt es das so auch nicht.

Diskussion wird nicht weiter benutzt

Abstimmung:

Der Antrag Curau wird mit 5/23 Stimmen abgelehnt.

6 Verkehr

Konto 6210.3634.00 Bahninfrastruktur – Beiträge an Bahnhofanlagen

Die SBB hat bis im Jahr 2018 Gelder für ihr Projekt „Best“ bereitgestellt. Das Ziel dieses Projekts ist, den Kunden hochwertige, den heutigen Bedürfnissen entsprechende WC-Anlagen zur Verfügung zu stellen. Die SBB finanziert ca. die Hälfte der Umbaukosten, während die Gemeinde sich daran beteiligen soll, weil die Toiletten auch öffentlich genutzt werden können.

Die Kommission hält den Gemeindebeitrag für hoch, zumal es sich um ein Gebäude der SBB handelt und diese vermutlich ohnehin verpflichtet ist, WC's anzubieten. Immerhin wird die Finanzierung dadurch etwas abgefedert, dass in den folgenden 10 Jahren der bis anhin bezahlte Gemeindebeitrag von jährlich rund Fr. 6'700.00 an die Reinigung und den Unterhalt entfallen wird.

7 Umwelt und Raumordnung

Konto 7201.4500.00 Abwasserbeseitigung – Entnahmen aus Spezialfinanzierung

Bis zum Jahr 2015 wurden für die Abwasserbeseitigung regelmässig Einlagen in die dafür bestehende Spezialfinanzierung budgetiert. Seither wird nun zum zweiten Mal eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung in der Höhe von Fr. 245'000.00 budgetiert. Um den guten Zustand der Kanalisationsleitungen und –anlagen zu bewahren, dürfte es künftig häufiger zu Entnahmen kommen. Die Spezialfinanzierung weist derzeit einen Stand von rund Fr. 5.3 Mio. auf. Diese Reserve sollte mit Blick auf den erheblichen Wiederbeschaffungswert dieser Infrastruktur nicht substantiell angetastet werden. Sollte dies nötig werden, wäre eine Anpassung der Gebühren zu diskutieren.

Konto 7900.3132.02 Raumordnung – Umsetzung Nutzungsstrategie Ortskern

Die Kommission wurde von Gemeindepräsident Max Vögeli über die Eckpunkte der vorgesehenen Umsetzung der erarbeiteten Nutzungsstrategie Ortskern informiert. Vorgesehen ist, eine beim Gemeindepräsidium angegliederte befristete Teilzeitstelle zu schaffen, weil diese Aufgabe die vorhandenen Ressourcen der Gemeinde übersteigt. Die Details sind noch in Bearbeitung und werden vom Gemeindepräsidium zur gegebenen Zeit kommuniziert.

Die Kommission begrüsst, dass die Umsetzung der Nutzungsstrategie ohne Umschweife an die Hand genommen wird. Wie der Gemeinderat hält sie die Schaffung einer befristeten internen Stelle für diese spezifische Aufgabe für besser als die externe Vergabe. Die Kommission hält es für wichtig, dass die mit dieser wichtigen Aufgabe betraute Fachperson sich in das Dorfleben hineinversetzen und eng mit dem Gemeinderat zusammenarbeiten kann.

Etwas unbefriedigend ist, dass das Gemeindeparlament nun über eine Budgetposition über Fr. 100'000.00 entscheiden muss, ohne dass die Details dafür bekannt sind. Die Kommission erwartet deshalb, dass diese Sache so aufgegleist und der vorgesehene Arbeitsvertrag so abgeschlossen wird, dass jederzeit (d.h. jährlich) frei über nächste Schritte oder einen Abbruch entschieden werden kann. Spätestens im Hinblick auf den Voranschlag 2018 soll der Kommission ein Zwischenbericht und ein Ausblick erstattet werden.

Daniel Engeli (SVP): *Eine Frage zur Nutzungsstrategie Ortskern. Von welcher Zeitdauer wird ausgegangen und wird die Stelle öffentlich ausgeschrieben?*

Manuel Strupler (SVP): *Ich bin der Meinung, dass beim Posten Grünabfuhr auf das nächste Budget dringend etwas geändert werden muss. Es kann nicht sein, dass alle Weinfelder/innen welche ihr Grüngut durch einen Gärtner abführen lassen, Deponiegebühren zahlen müssen, weil von den Gartenbaufirmen Abgabegebühren auf dem Kompostplatz verlangt werden. Und auf der anderen Seite bietet die Gemeinde mit der Grüngutsammlung einen gratis Abholservice an, der uns jährlich 100'000.00 Franken kostet. Und in diesem Betrag für die Grüngutsammlung sind die Deponiegebühren noch nicht eingerechnet. Ich finde hier besteht eine grosse Ungleichbehandlung. Erstens muss nur derjenige für die Grüngutentsorgung bezahlen, der ein Unternehmer anstellt und somit auch zu dem Erhalt von Arbeitsplätzen beiträgt und zweitens zahlen alle Einwohner an die Entsorgung von Grüngut obwohl viele keinen Garten besitzen.*

Nach dem Verursacherprinzip müsste die Sammlung für alle kostenpflichtig gestaltet sein. Auf der anderen Seite möchte ich noch erwähnen, dass die Grüngutdeponie sehr wirtschaftlich geführt wird. Die Erträge sind sehr gut.

Gemeindepräsident Max Vögeli: Die Stadtanalyse und die daraus folgende Nutzungsstrategie Ortskern mit diversen Massnahmen war ein 2-jähriger Prozess unter Einbezug der Anspruchsgruppen im Zentrum und der ganzen Bevölkerung. Die Zielsetzung ist nun: Der Ortskern wird belebt und als belebt wahrgenommen; die verschiedenen Player ziehen am gleichen Strick; Weinfeldern wird attraktiver. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass wir genug Papier produziert haben. Jetzt wollen wir Nägel mit Köpfen machen. Es sind 13 Massnahmenfelder erarbeitet worden, die es nun umzusetzen gilt. Zu diesem Zweck möchten wir eine Persönlichkeit im Teilzeitpensum von 50 %, befristet auf 3 Jahre anstellen. Ziele und Aufgaben, die verlangt werden: Koordiniert die Handlungsfelder; Führt eine Übersicht mit Erfolgskontrolle; Stellt Anträge an den Gemeinderat für Themen, welche die Gemeinde umsetzen soll. Er soll ein Macher und Umsetzer und eine Schaltstelle sein. Wir haben eine Person im Auge, der wir diese Aufgabe zuvertrauen. Er hat Ausbildungen im Bereich Architektur, Marketing und Verbandstätigkeit. Bedingung ist nun, dass dieser Budgetposten genehmigt wird. Besten Dank für die Unterstützung.

Gemeinderat Walter Strupler: Diese Frage wird nicht das erste Mal gestellt. Ich muss jedoch noch etwas vertrösten, da es im Zuge einer Gesamtschau bezüglich Überarbeitung des Reglements Abfallbewirtschaftung angesehen werden soll. Bei der Einführung wurde auch angeführt, die kostenlose Grüngutsammlung sei ein Standortvorteil. Unterdessen ist einige Zeit vergangen und das Reglement sollte überarbeitet werden. Ein Vorschlag wird durch die Exekutive erarbeitet und dann dem Parlament unterbreitet. Dieses kann danach darüber befinden.

8 Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

9 Finanzen und Steuern

Keine Bemerkungen.

Investitionsbudget

Allgemeine Ausführungen zum Investitionsbudget habe ich bereits bei den einleitenden Bemerkungen gemacht. Hinzuweisen ist nur noch auf den folgenden Punkt:

Konto 6150.5010.10 Gemeindestrassen – Muggenwinkelstrasse

Beim Ausbau der Muggenwinkelstrasse wird der Querschnitt der Strasse verändert. Deshalb erfolgt zur gegebenen Zeit ein Antrag an das Gemeindeparlament, obwohl das im Budget versehentlich nicht vermerkt ist.

Alexandra Beck (CVP): Ich habe eine Frage zu Konto **7410 5020.11: Giessen Renaturierung**: Konzept Öffnung und Renaturierung: Für welchen Teil des Giessens soll dieses Konzept gemacht werden? Max Vögeli hat uns anlässlich der Beantwortung Motion Giessen in der Parlamentssitzung vom 17. September 2015 auf

die Vorgaben des Kantons, Gefahrenkarte Gewässerräume, hingewiesen. Sind diese nun bekannt?

Gemeinderat Walter Strupler: Derzeit ist bei einem Ingenieurbüro die Erarbeitung des Konzeptes Giessen Ost, Abschnitt Amriswilerstrasse bis Felsenstrasse, in Arbeit. Dies konnte mit einer Masterarbeit kombiniert werden. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Diese Grundlagenarbeiten sollen es ermöglichen, im 2017 die Weiterbearbeitung an die Hand zu nehmen. Diese soll darin bestehen, dass auf Basis des Konzepts eine Ingenieurausschreibung, allenfalls beschränkt auf Teilabschnitte, erfolgen wird. Im Budget 2018 müssen dann Mittel für die Arbeiten eingestellt werden.

Schlussbemerkung

Die Kommission hat neben dem Voranschlag auch die vom Gemeinderat beantragte Senkung des Steuerfusses beraten.

Die Kommission regte beim Rechnungsabschluss 2015 an, eine Senkung des Steuerfusses der politischen Gemeinde zu prüfen. Deshalb begrüsst es die Kommission, dass der Gemeinderat nun einen entsprechenden Antrag unterbreitet hat.

Seit der letzten Steuersatzsenkung im Jahr 2011 schlossen die laufenden Rechnungen (2011-2015) jährlich mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 1 Mio. ab. Die Differenz zwischen den Voranschlägen und den tatsächlich eingetretenen Ergebnissen beträgt in diesen Jahren durchschnittlich gar rund Fr. 1'500'000.00. Darin nicht eingerechnet ist der einmalige, ausserordentliche Erlös aus einem Landverkauf im Jahr 2012.

Ob die Rechnung auch im Jahr 2017 merklich besser abschliessen wird als budgetiert, ist für die Kommission schwierig zu beurteilen. Der Blick auf die letzten Jahre würde an sich darauf hindeuten. Die Budgetgenauigkeit und -prognose ist Aufgabe des Gemeinderates. Gemäss diesem ist das vorliegende Budget deutlich optimistischer als in den Vorjahren, d.h. es ist merklich enger und mit weniger Luft gerechnet worden.

Die allgemeinen Steuererträge sind seit 2011 relativ gut prognostiziert worden. Nicht vorhergesehene Mehrerträge gab es zum Teil bei der Grundstückgewinnsteuer und bei den Steuern aus früheren Jahren. Diese haben die letzten Rechnungen unerwartet positiv beeinflusst.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände hält die Kommission die vom Gemeinderat beantragte Steuerfussenkung von 3 % gegenwärtig, das heisst für das kommende Jahr 2017, für angemessen. Falls das prognostizierte Defizit von Fr. 700'000.00 eintreten sollte, dann wäre auch der entsprechende Eigenkapitalverbrauch verkraftbar.

Die Möglichkeit einer weiteren Senkung des Steuerfusses sollte nach Vorliegen der ersten Abschlüsse nach HRM2 geprüft werden. Dies wird erstmals bei Rechnung 2016, d.h. im kommenden Frühjahr, der Fall sein.

Eine Minderheit der Kommission ist für eine heutige Senkung des Steuersatzes um 5 Prozent. Das Vorbringen dieses Antrags und dessen Begründung ist für die heutige Parlamentssitzung in Aussicht gestellt worden.

Anträge der Kommission

1. Die Kommission beantragt: Es sei der Steuerfuss entsprechend dem Antrag des Gemeinderats auf 62 % festzusetzen.
2. Die Kommission beantragt: Es sei der Voranschlag 2017 unter Berücksichtigung der allfälligen von ihnen heute beschlossenen Anpassungen zu genehmigen.

Gemeindepräsident Max Vögeli: Vielen Dank für die gute Aufnahme des Budgets 2017. Ich danke Erwin Wagner mit seinem Team, den Mitgliedern des Gemeinderates und der parlamentarischen Kommission für die gute Zusammenarbeit, herzlichen Dank. Und nun kommt es zum Steuerfussshowdown zu dem ich gerne einige Anmerkungen mache: Es geht in erster Linie darum, die Attraktivität von Weinfelden zu erhalten und zu verbessern. Ich möchte aus finanzpolitischer Sicht auf 5 wichtige Hebel hinweisen:

1. Regelmässiger Unterhalt und Erneuerung der Infrastrukturen: Beispiel Sanierung TG-Hof-Saal/Eishalle, ca. 12 Mio., nur saniert, es gibt praktisch keinen Mehrwert. Ein grosser Posten sind jedes Jahr die Strassen und die Kanalisationsanlagen. Auch die Infrastruktur unter dem Boden ist sehr wichtig.
2. Das Spar- und Synergie potenzial laufend überprüfen: Beim Sachaufwand, bei den Aufgaben und Dienstleistungen sowie auch beim Personalbestand. Wir hatten 2006 62 Vollzeitstellen. Seither hat sich dieser Bestand wie folgt verändert: Verwaltung minus 3.5, Sport und Freizeit plus 2.8, Soziales plus 4.9, netto plus 4.2. Nach Bereinigung mit externer Finanzierung (Berufsbeistandschaft, Zivilschutz etc.) bleibt ein Saldo von minus 0.1, das bedeutet, wir haben 2016 den gleichen Personalbestand wie 2006. Wir haben in dieser Zeit ein rechtes Wachstum gehabt. Die Bedürfnisse und Wünsche sind nicht kleiner geworden. Es gibt auch viel mehr Rechtsmittelverfahren.
3. Angemessener Steuerfuss: in 15 Jahren senkten wir den Steuerfuss von 85 % auf 65 %. Insgesamt sind das 6 Steuerfussreduktionen und dazu 5 Steuergesetz-Revisionen, total 11 Entlastungen der Steuerzahler. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass auf das Budget 2017 eine nächste Entlastung um 3 Steuerprozentpunkte verantwortbar ist. Das Eigenkapital ist entsprechend abzubauen. Die Strategie beim Steuerfuss ist, Schuldenabbau, regelmässig investieren, angemessenes Eigenkapital, Gesamtsteuerfuss in Absprache mit Schulen und Kirchen sehen.
4. Schuldenabbau: In 15 Jahren sanken die Schulden von 19 Mio. auf 8 Mio., der Höchststand war 1991 mit 35 Mio. Franken Fremdverschuldung. Ziel ist es, möglichst wenig Schulden auf die nächste Generation zu übertragen.
5. Verwendung des Gewinns für zusätzliche Abschreibungen: In den letzten 15 Jahren wurden immer Gewinne erzielt. Die Gewinnverwendung wurde zum grössten Teil für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Dies kommt dem Steuerzahler indirekt zu gut und gibt wieder Luft für neue Investitionen. Wichtig: Es ist kein zusätzliches Eigenkapital gebildet worden. Fazit: Diese Finanzpolitik ist in den letzten 15 Jahren durch das Parlament immer genehmigt und mitgetragen worden!

Was haben wir vorzuweisen?

Solide Finanzen - im Vergleich mit den anderen 5 grossen Gemeinden stehen wir sehr gut da. Attraktive Infrastrukturen, insbesondere im den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit, leistungsfähiger ÖV-Knoten usw.

Was haben wir noch abzuschreiben?

Abschreibungsbedarf Stand heute rund 20 Mio. Franken, davon 10 Mio. Strassen. Nach Vorgaben HRM 2 muss innert 10 Jahren das heutige Verwaltungsvermögen abgeschrieben werden. Neue Investitionen müssen gemäss Richtlinien von zwischen 4 Jahren Informatikmittel bis 50 Jahre Kanal-/Leitungsnetze abgeschrieben werden, Hochbauten über 33 Jahre, Strassen über 40 Jahre. Aus meiner Sicht sind das zu lange Fristen - hier findet die klassische Verschiebung auf die nächste Generation statt. Ich sage dem "Methode Griechenland". Man kann aber natürlich auch zusätzliche Abschreibungen beschliessen.

Was steht an?

Massnahmen zugunsten des Zentrums, Sanierungsbedarf diverser Infrastrukturen in den nächsten Jahren, weiterhin grosser Unterhaltsbedarf der Strassen und Kanalisationen, steigende Gesundheits- und Sozialkosten, mögliche Einführung eines Ortsbusses, Unternehmenssteuerreform III minus 600'000 Franken, Beitrag an ÖV die sogenannte FABI –Umsetzung, heute 650'000 Franken - 2024 1.4 Mio. Franken.

Aus all diesen Gründen ist der Gemeinderat der Meinung, eine Reduktion um 3 auf 62 Steuerprozente sei zu verantworten und wir haben unseren Antrag auch so gestellt.

Kathrin Alder (GP): Ein Unternehmen floriert, wenn es Arbeit hat und Geld investiert. Die Investitionen von heute sind das Wachstum von morgen. Bei diversen Geschäften in und um unser Parlament höre ich dauernd den Satz "das ist nicht Aufgabe der Gemeinde". Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist denn Aufgabe der Gemeinde? Ist die Gemeinde nicht vollumfänglich zuständig für die Gemeinde? Alles andere wäre ja absurd! Ist Weinfelden, unsere Stadt, unser Dorf, unsere Gemeinde nicht das "Unternehmen" der Gemeinde Weinfelden? Unsere politische Gemeinde ist dafür verantwortlich, dass die Infrastruktur, die Rahmenbedingungen für das Leben in der Kindheit, der Jugend und im Alter so gut es geht hier in Weinfelden möglich sind. Ja sie sollte sogar aus eigenem Interesse alles daran setzen, dass es nicht nur möglich, sondern optimal ist. Das zumindest tun alle Einzelindividuen hier im Saal bei ihren eigenen Geschäften. Niemals würde der Geschäftsinhaber bei Anliegen seines Unternehmens entgegenen, es sei nicht seine Aufgabe. Die Gemeinde ist für sich selbst zuständig, ob es ihr nun passt oder nicht. Ein bisschen gemein ist, dass der Name Gemeinde an sich da ja keinen Widerspruch erlaubt. Wenn Steuern gesenkt werden, Geld gespart wird, geht das zulasten unserer Gemeinde, unserer Einwohner. Sei es in Form von Attraktivität nach aussen, Altersvorsorge, Bildung, Wirtschaft. Schliesslich vergibt die Gemeinde ihre Arbeiten internen Unternehmen. Unser Dorf steht an der Schwelle zur Stadt, vieles liegt brach und steht bezüglich Ortsentwicklung auf der Kippe. Die Bemühungen der letzten Zeit lassen hoffen, doch wir sind nicht safe. Ein Aussterben des Ortskerns liegt immer noch im Bereich des absolut möglichen. Das bedeutet Investition, ja einen Kraftakt und zwar auf allen Ebenen, in allen Ressorts! Steuern senken, Geld einsparen ist Kapitulation vor dem eigenen System. Wir leben im Kapitalismus, die meisten von ihnen begrüssen das! Dann müssen sie aber auch nach dessen Regeln spielen. Ich stelle deshalb den **Antrag, den Steuerfuss auf den bisherigen 65% festzusetzen.**

Stefan Wolfer (SVP): Im Zusammenhang mit dem Steuerfuss wurde in den vergangenen Wochen viel diskutiert, geschrieben und gesammelt. Wir sind froh, können wir heute im Parlament die Diskussion darüber führen. Der Gemeinderat hat uns für das kommende Jahr 2017 ein Voranschlag mit einem Defizit von 700'000 Franken vorgelegt. Dass uns diese Tatsache nicht aus der Ruhe bringen darf, zeigt die Vergangenheit. So wurde in den vergangenen 10 Jahren kumulativ mit einem Defizit von 5 Mio. gerechnet. Die definitiven Abschlüsse fielen aber stets besser aus, wodurch in derselben Periode Erträge von über 15 Mio. erzielt wurden. Man kann schon sagen, dass wir das eine oder andere Mal Glück hatten und uns zusätzliche, im Voraus nicht absehbare, Zuflüsse solch gute Ergebnisse beschert haben. Aber meistens, so wage ich zu behaupten, lag die Ursache darin, dass die Budgets sehr vorsichtig erstellt wurden. Das macht eine Budgetdebatte für uns Parlamentarier enorm schwierig. Nichtsdestotrotz, und darin sind wir uns wohl alle einig, steht die Gemeinde Weinfelden finanziell sehr gut da. Darüber sind wir froh und es zeigt, dass auch vieles richtig gemacht wurde im Gemeinderat. Folgerichtig schlägt der Gemeinderat im Voranschlag eine Reduktion des Steuerfuss vor.

Gemäss budgetiertem Defizit von 700'000 Franken lässt sich daran auch nicht rütteln. Ein genauer Blick in die Zahlen verrät aber, dass sehr wohl noch Spielraum vorhanden ist! Wie bereits eingangs erwähnt hat die Gemeinde Weinfelden in den vergangenen Jahren sehr hohe Überschüsse erwirtschaftet. Diese haben dazu geführt, dass wir sehr hohe Abschreibungsreserven bilden konnten und per Ende 2015 über ein solides Eigenkapital von über 5 Mio. Franken verfügen. Auch ein Blick in die Zukunft darf gewagt werden. So ist davon auszugehen, dass die Gemeinde Weinfelden als Zentrumsgemeinde auch weiterhin stark vom Bevölkerungswachstum und damit von steigenden Steuereinnahmen profitieren wird. Ebenfalls ist für das kommende Jahr mit zusätzlich Einnahmen aufgrund des beschränkten Pendlerabzuges zu rechnen. Des Weiteren kann unverändert der vergangenen Jahre mit sogenannten Sonderfaktoren (wie z.B. Grundstückgewinnsteuern) gerechnet werden. Und auch die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsrecht HRM 2 wird zu tieferen Aufwendungen im Bereich der Abschreibungen führen.

Alle diese Tatsachen müssen uns zum Entschluss bringen, dass sich der Steuerfuss für das kommende Jahr markant reduzieren muss. Es darf nicht sein, dass eine Gemeinde Steuern auf Vorrat einzieht und mit dem Geld der Steuerzahler hohe Überschüsse erwirtschaftet. Ich möchte sie daran erinnern, dass wir als Parlament die Aufsicht über den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung ausüben. Der Gemeinderat hat es in den vergangenen Jahren verpasst, von sich aus eine Steuersenkung in kleineren Schritten vorzunehmen. Die vorgeschlagenen 3 % für das kommende Jahr sind jetzt eindeutig zu wenig. Die Steuerzahler haben es verdient, an den guten Ergebnissen und Rahmenbedingungen der vergangenen Jahre beteiligt zu werden. Im Zusammenhang mit unserer Initiative sind bei uns nicht nur rund 800 Unterschriften aus der Bevölkerung eingegangen, sondern wir haben auch viele Gespräche mit der Bevölkerung geführt und dabei festgestellt, dass ein hohes Kostenbewusstsein vorhanden ist. Ich möchte an dieser Stelle auch die knappe Abstimmung über das neue Sicherheitszentrum erwähnen. Die wenigsten waren wohl per se, gegen ein neues Sicherheitszentrum, aber viele haben sich an den hohen Kosten gestört. Dieses Kostenbewusstsein der Bevölkerung zeigt sich auch immer wieder bei Abstimmungen auf nationaler Ebene. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht hier nicht um irgendwelche populistischen Machenschaften, sondern um Sachpolitik auf Gemeindestufe. Der Gemeinde Weinfelden geht es finanziell sehr gut und es wird uns auch im kommenden Jahr noch sehr gut gehen. Es muss zwingend verhindert werden, dass die finanziellen Mittel unnötig eingesetzt werden. Um gar nicht in Versuchung zu geraten, sollen deshalb nur so viel Steuern eingezogen werden, wie die Gemeinde für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Daher stellen wir von der Fraktion SVP den **Antrag** auf eine Steuersenkung von 5 % und bitten sie, diesem Antrag zu folgen. Und keine Angst, auch mit einem Steuerfuss von 60 % fallen wir nicht in alte Fahrwasser zurück. Sondern es ist eine, zum aktuellen Zeitpunkt richtige Steueranpassung, so wie es auch 2009 mit 3 % und 2010 nochmals 2 % eine gleich hohe Steuerfussreduktion gegeben hat, ohne dass wir dabei irgendwelchen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten, oder die Gemeinde deswegen in eine Verlustzone gerutscht wäre. Vorausschauen heisst eben auch, sich den Gegebenheiten anpassen, lieber CVP-Vorstand. Besten Dank.

Alexandra Beck (CVP): Die Fraktion der CVPIEVP befürwortet grossmehrheitlich die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuerfussenkung auf 62 %. Wir sind der Meinung, dass aufgrund der Rechnungen der vergangenen Jahre klar dieses Zeichen gesetzt werden sollte. Dennoch erscheint es uns Anbetracht vieler verschiedener Faktoren, wie z.B. der geplanten Unternehmenssteuerreform, unklarer Sozialhilfe und Belastung durch den öffentlichen Verkehr ratsam, sorgfältig und nicht zu massiv eine Steuersenkung vorzunehmen. Die Fraktion CVPIEVP wird auch die nächste Rechnung 2016 der Gemeinde wieder sorgfältig analysieren und allfällig nötige weitere Schritte beantragen.

Beat Brüllmann (FDP): Die Fraktion der FDP unterstützt trotz den vorhergehenden Voten den Antrag der SVP, den Steuerfuss nicht nur um 3, sondern um 5 Prozent auf 60 Prozent zu reduzieren. Wir teilen die Auffassung, dass es aufgrund der Finanzlage unserer Gemeinde nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll ist, diesen Weg zu beschreiten. Wir sehen darin auch einen Hinweis an den Gemeinderat, weiterhin haushälterisch umzugehen mit den Mitteln der öffentlichen Hand. Wir gehen davon aus, dass sich auch das Parlament bei seinen Entscheiden an dieser Haltung orientiert. Es sei mir erlaubt zu ergänzen, dass wir den Antrag der SVP auch unterstützt hätten, wenn sie nicht auch noch eine - für uns unverständliche - Initiative zur gleichen Thematik lanciert hätte. Was wir nicht verstehen können, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht an ihre Selbstwirksamkeit glauben und schon vor der Diskussion im Parlament ihre Kompetenz zur Verabschiedung des Steuerfusses dem Stimmvolk übertragen wollen und sich somit ihrer eigenen Legitimation berauben. Man muss die Welt ja nicht verstehen, man muss sich nur darin zurechtfinden. Und das tun wir in unserer Fraktion ganz gut.

Manuel Strupler (SVP): Zuerst möchte ich mich bei der Gemeindeverwaltung, insbesondere bei Erwin Wagner und auch beim Max Vögeli bedanken. Ich war häufig Gast und manchmal auch etwas lästig. Ich bekam aber alle Informationen die ich wollte, die Transparenz ist sehr hoch und das ist lobenswert. Es ist aus meiner Sicht sehr gut, dass auch die FDP-Fraktion für eine Steuerfussenkung von 5 Prozent ist. Ich denke, die Diskussion wurde in diesem Jahr schon früh geführt und war intensiv, auch weil es die Unterschriftensammlung gab. Wir betreiben keinen Populismus. Wir haben uns stark mit dem Thema auseinandergesetzt und nicht einfach etwas erzählt. Deshalb bin ich auch von der Medienmitteilung des CVP-Vorstandes sehr enttäuscht. Darin wurde auch geschrieben, SVP und FDP hätten die Mehrheit im Parlament, was überhaupt nicht stimmt. Dieter Meile war ein guter Gemeindeammann, es war jedoch Fredy Schmid von der SVP, der die Steuerfussenkung gebracht hat. Damals wurde der Steuerfuss erst erhöht, da es um die Gemeindefinanzen nicht gut stand. Heute ist eine Anpassung gegen unten richtig. Der Gemeinderat hat seine Aufgaben gut erfüllt, er hätte die Senkung aber bereits früher vorschlagen können. Deshalb ist es auch die Aufgabe der Parlamentarier über den Steuerfuss zu befinden. Deshalb kann der Steuerfuss, wenn es aus dem Ruder läuft, auch wieder nach oben angepasst werden. Dafür stehe ich ein. In der Wirtschaftspolitik der SP heisst es, die Gewinne sollen auf die Mitarbeitenden verteilt werden. Für die Gemeinde hiesse dies, die Gewinne auf die Bevölkerung zu verteilen, also machen wir das mit einer Steuerfussenkung von 5 %.

Kathrin Alder (GP): Aus meiner Sicht ist der Gewinn eben nicht Geld, sondern Lebensqualität. Es ist auch positiv, wenn man Steuern bezahlen kann.

Elias Mühlemann (FDP): Zuerst eine Vorbemerkung zum Votum von Manuel Strupler, für uns braucht es keine Initiative, damit wir das Budget genau ansehen. Für mich persönliche ist die Initiative juristisch fragwürdig. Zudem lässt das Vorgehen Feingefühl vermissen und hat keinen Stil. Es kann doch nicht sein, dass die grösste Fraktion das Mittel der Initiative verwendet. So können die Parlamentarier auch zu Hause bleiben. Die SVP muss künftig auf solche Kapriolen verzichten. So wie in den Wald gerufen wird, kommt es auch zurück. Die Anpassung des Steuerfusses um 5 % ist tragbar, sie verhindert, dass übermässig Begehrlichkeiten auf die Gemeinde zukommen.

Daniel Engeli (SVP): Wir sind nicht populistisch. Unser Anliegen beruht auf Fakten. Die Gemeinde ist keine Bank. Das Eigenkapital ist genug hoch und könnte auch etwas abgebaut werden. Der SVP geht es nicht ums Sparen. Die Ausgaben sollen nicht zurückgeschraubt werden. 2017 hat mit rund 31 Mio. den höchsten Budgetaufwand

und es geht uns nicht darum, Leistungen zu streichen. Die Senkung um weitere 2 Prozenz führt uns nicht ins Verderben.

Präsident: Gibt es weitere Anträge zur Höhe des Steuerfusses?

Dies ist nicht der Fall. Bei der Abstimmung gehen wir folgendermassen vor: Die gleichgeordneten Anträge bezüglich Höhe des Steuerfusses werden in der Reihenfolge ihres Eingangs der Abstimmung unterbreitet. Ein Parlamentsmitglied kann nur für einen Antrag stimmen oder sich der Stimme enthalten. Der obsiegende Antrag wird danach dem Hauptantrag gegenübergestellt.

Diskussion:

Diskussion wird nicht benutzt.

Abstimmung:

<i>Antrag 65 %</i>	<i>4 Stimmen</i>
<i>Antrag 60 %</i>	<i>18 Stimmen</i>
<i>Enthaltungen</i>	<i>8 Stimmen</i>

<i>Obsiegender Antrag</i>	<i>19 Stimmen</i>
<i>Hauptantrag</i>	<i>11 Stimmen</i>

Sie haben den Steuerfuss 2017 mit 19/11 Stimmen auf 60 % Prozent festgelegt.

Diskussion wird nicht weiter benutzt.

Abstimmung zum Gesamtbudget

Der Antrag der Kommission wird mit 26 / 3 Stimmen angenommen.

2.3. Beschlüsse

1. Das Gemeindeparlament genehmigt die Festsetzung des Steuerfusses auf 60 %.
2. Die Voranschläge der Politischen Gemeinde Weinfelden für das Jahr 2017 werden unter der Berücksichtigung der beschlossenen Anpassungen mit 26/3 Stimmen genehmigt.

Das **Behördenreferendum** wird **nicht ergriffen**.

Gemäss Artikel 30 in Verbindung mit Artikel 29 Ziffer 1 litera a unserer Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Nach Artikel 11 der Gemeindeordnung beträgt die Referendumsfrist 30 Tage, vom Tage der Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet.

3. **Änderung des Baureglements (Art. 8a, 10a, 23b) und Umzonung der Parzellen Nrn. 1346 (Teilfläche), 1389 und 2906**

3.1. **Eintreten**

Peter Büchel (CVP): *Die Fraktionsgemeinschaft CVPI/EVP JA/EDU ist grundsätzlich für Eintreten. Obwohl der Revision der Orts- und Zonenplanung vorgegriffen wird, handelt es sich um ein logisches und gescheites Vorgehen, vielen Dank.*

Kathrin Alder (GP): *Die Fraktion GP/SP beantragt Nichteintreten. Momentan läuft die Revision der Orts- und Zonenplanung. Es sollte auf der betreffenden Parzelle noch höher gebaut werden. Der Entscheid soll verschoben werden, heute ist nicht der richtige Zeitpunkt, darüber zu entscheiden.*

Simone Brunschweiler (FDP): *Die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Es erscheint uns wichtig, dass die Flächen effizient genutzt werden können. Dazu gehört auch die Erhöhung der erlaubten Geschossigkeit.*

Daniel Engeli (SVP): *Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.*

Gemeindepräsident Max Vögeli: *Während der öffentlichen Auflage erfolgten keine Einsprachen gegen die geplante Zonenplanänderung. Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten.*

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung:

Eintreten wird mit 24/6 Stimmen beschlossen.

3.2. **Detailberatung**

Kathrin Alder (GP): *Bei einer letzten ähnlichen Vorlage hätten wir gerne 4-geschossig gebaut, unser Anliegen wurde abgelehnt. Jetzt sind alle dafür. Anscheinend spielt es eine Rolle, woher das Geschäft kommt. Es ist eine Einsprache gegen den Gestaltungsplan eingegangen. Es könnte anders gebaut werden. Zudem müssten die Industriebügel nicht abgebrochen werden.*

Marcel Preiss (GLP): *Es kann sein, dass es keine Einsprachen gab, aber ich habe auch meine Antworten abgegeben und hier wird dann doch vorgegriffen. Erneut steht nämlich eine Umzonung an. Dies macht Sinn, da wir wissen, dass die Schulgemeinde das Land der Parzelle 1346 nur noch zum Teil braucht. Was aber stossend an dem Geschäft ist, ist das vorgreifen auf die laufende Revision der Ortsplanung. Da kann auch die Ausarbeitung eines Gestaltungsplans nichts daran ändern. Was ich aber am meisten vermisse an der Umzonung ist die Ausschöpfung von Möglichkeiten. Mit der Vorlage auf WG4 tun wir so, als ob wir unendlich viel Bauland zur Verfügung haben. Das ist nicht so! Gerade auf dieser Parzelle gäbe es Möglichkeiten, einmal richtig hoch zu bauen. Keine 100 Meter daneben steht ein Block der ganze 8.5 Stockwerke hoch ist. Was hindert uns, so hoch zu bauen. Den vermehrten Schattenwurf wird die Schulgemeinde verkraften. Wenn wir so weiter unser Familiensilber in Form von Bauland verscherbeln, werden wir noch erleben, wie alles Bauland aufgebraucht ist. Das Nachsehen hat die nächste Generation, die nichts mehr zu verbauen hat! Wollen wir das? Weinfeld hat nur wenige so geeignete Parzellen, wo wir sehr verdichtet*

bauen können. Nutzen wir die Chance, bauen wir hoch, geben wir unseren Architekten eine neue Herausforderung. Darum lehne ich die Umzonung ab. Für die Umzonung der Parzellen 1389 und 2906 auf W4 habe ich auch kein Verständnis. Da soll eine intakte Arbeiterwohnsiedlung von Anfang des 20-igsten Jahrhunderts nur aus reiner Profitoptimierung dem Erdboden gleich gemacht werden. Dieser Strassenzug an der Thurfeldstrasse ist mit Sicherheit ein ortsbaulicher und sozialpolitischer Zeuge. Die Gemeinde soll sich überlegen, was all die Einstufungen von wegen Gesamtform erhaltenswert zu bedeuten hat. Wenn wir unsere Kulturgüter dem Profitdenken unterwerfen, laufen wir Gefahr, unsere Geschichte zu verlieren. Darum auch für diese Umzonung ein klares nein.

Gemeindepräsident Max Vögeli: *Vielleicht gab es etwas Verwirrung durch meine Aussage. Bei der Auflage der vorliegenden Zonenplanänderung gab es keine Einsprache. Etwas anderes ist die Revision der Ortsplanung. Hier lief die Vernehmlassung bis Ende November. Wenn es sehr sportlich läuft, könnte die Revision aller frühestens Ende 2017 abgeschlossen werden. Wenn der Eigentümer bereit ist, zu bauen, und die Gemeinde diesbezüglich anfragt, muss diese handeln. Somit können Veränderungen stattfinden. Über den Abbruch von Häusern entscheidet der Eigentümer. Erst muss die Zonenplanänderung erfolgen, dann der Gestaltungsplan genehmigt werden und dann erfolgt das Baubewilligungsverfahren.*

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

3.3. **Beschluss**

Die Änderung des Baureglements (Art. 8a, 10a, 23b) und die Umzonung der Parzellen Nrn. 1346 (Teilfläche), 1389 und 2906 wird mit 22/6 Stimmen **genehmigt**.

Das **Behördenreferendum** wird **nicht ergriffen**.

Gemäss Artikel 30 der Gemeindeordnung untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum. Nach Artikel 11 der Gemeindeordnung beträgt die Referendumsfrist 30 Tage, vom Tage der Bekanntmachung des Beschlusses an gerechnet.

4. **Interpellation Beck / Curau „Kommission Neugestaltung Bahnhofsareal“**

Am 9. Juni 2016 reichten Alexandra Beck (CVP) und Samuel Curau (JA) mit 9 mitunterzeichnenden Mitgliedern des Gemeindeparlamentes Weinfelden eine Interpellation mit Fragen zu einer Kommission Neugestaltung Bahnhofsareal ein:

4.1. Antwort des Gemeinderates

(Schriftliche, nicht vorgelesene Beantwortung)

Ausgangslage

Die Interpellanten sorgen sich um die Entwicklung des Bahnhofsgiets und sind der Meinung, dass die übergeordnete Planung durch einen der Beteiligten übernommen werden sollte. Der Aufbau eines Kompetenzzentrums für Stadtplanung wäre dafür ihrer Meinung nach eine optimale Lösung. Wichtig erscheint ihnen dabei, dass alle betroffenen Seiten miteinbezogen werden, damit allen Bedürfnissen Rechnung getragen wird und das Resultat eine möglichst breite Akzeptanz erhalten kann. Gemäss Angaben der Interpellanten ist es erkennbar, dass die Gemeinde auf verschiedenen Ebenen bestrebt ist, die Situation am Bahnhof Weinfelden zu verbessern. Trotz dieser positiven Signale seitens der Gemeinde erscheinen in Bezug auf die zukünftige Gestaltung und Nutzung des Bahnhofs und seiner unmittelbaren Umgebung, bzw. "Anbindung" an das Zentrum von Weinfelden offene Fragen und Ungereimtheiten. Aus diesem Grund ergibt sich für die Interpellanten die Frage, wie die weitere Entwicklung in diesem Thema von der Gemeinde angepackt, Interessen abgeholt und konstruktive Schritte in die Zukunft unternommen werden. Wichtig erscheint ihnen, dass die Planung rund um den Bahnhof Weinfelden koordiniert angegangen wird. Das heisst für sie, dass das zurzeit "etwas angespannte" Verhältnis zwischen SBB und Gemeinde verbessert und ein konstruktiver Dialog mit dem zweckdienlichen Ziel vor Augen, in Gang gebracht werden muss. Aus ihrer Sicht ist aktuell die Einsetzung einer Kommission unter Einbezug aller Seiten die sinnvollste Möglichkeit, um eine zukunftsorientierte, gezielte und ressourcenschonende Planung zu starten. Für die Interpellanten sind die nachfolgend aufgeführten Themenfelder die wichtigsten und zentralen Elemente, diese wurden im Rahmen der Podiumsdiskussion vom 30.11.2015 „Zukunft Bahnhof Weinfelden“ an der rund 100 interessierte Personen teilnahmen, genannt:

- Fahrradabstellmöglichkeit respektive Veloparking
- Verbesserung Verbindungen zum Zentrum
- Sicherheit im Bahnhofsbereich
- Verkehrsführung nördlich und südlich Bahnhof
- Neuorganisation Busbahnhof
- Organisation Kurz- und Langzeitparking

Fragebeantwortung

Der Gemeinderat beantwortet die Fragen der Interpellanten wie folgt:

1. *Wie plant der Gemeinderat konkret, die mittel- und langfristige Planung rund um den Bahnhof anzugehen?*

Die Bahnhöfe sind seit ihrer Erstellung stetig weiterentwickelt und den neuen Kundenbedürfnissen angepasst worden. So auch in Weinfelden. Der letzte grosse Um- und Ausbau wurde im Jahr 2002 fertiggestellt. Seither sind verschiedene weitere Optimierungen umgesetzt worden. Die ganze Bahnhofsanlage gehört bekanntlich der SBB, mit Ausnahme einer kleinen Gemeindeparzelle im Bereich des Busbahnhofs. Aus Sicht des Gemeinderates muss zwischen Infrastruktur, Betrieb und Nutzung unterschieden werden.

Bei den Infrastrukturbauten hat die SBB den Lead. Die Gemeinde hat sich an den Kosten zu beteiligen und notwendige Anschlusswerke selber zu finanzieren. Aktuelles Beispiel: Veloabstellanlage entlang der Schützenstrasse. Weitere Projekte sind in Planung: Gleis 0 im Nordosten und der Busbereich Nordwest. Der Gemeinderat hat die SBB bereits vor einigen Jahren angefragt, ob sie bereit

wäre, das Potenzial des westlichen Bahnhofareals gemeinsam abklären zu lassen. Die SBB hatte zu jenem Zeitpunkt noch kein Interesse. Der Gemeinderat wird das Thema bei nächster Gelegenheit wieder aufnehmen, insbesondere auch bezüglich den Konsequenzen eines allfälligen Ortsbusses.

Beim Betrieb ist die Gemeinde auch finanziell betroffen. So profitieren die Bahnkunden von Verbesserungen des Angebots, währendem der jährliche Beitrag der Gemeinde an den öffentlichen Verkehr stetig steigt: 584'000 Franken (2009) / 643'000 Franken (2014) / 923'000 Franken (Budget 2017).

Bei der Nutzung gibt der SBB-Fahrplan den Takt an. Der Bahnhof Weinfelden ist ein grosser und wichtiger Verkehrsknoten mit grossen Pendlerströmen. Es stehen eine Park + Ride-Anlage sowie weitere Parkplätze in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof zur Verfügung. Die Nutzungsstrategie Ortskern sieht vor, den Bahnhof als wichtigen Frequenzbringer stärker ans Zentrum anzubinden. Hier sind erste Gespräche mit dem Kanton als Strasseneigentümer bereits geführt worden.

2. *Wie gewährleistet der Gemeinderat dabei einerseits die Einhaltung des Terminplans zur Sanierung und Optimierung der bahnseitigen Infrastruktur und auf der anderen Seite die übergeordnete mittel- und langfristige Planung des Bahnhofgebiets im Dialog mit der Bevölkerung, der SBB, dem Kanton und den Anstössern?*

Der Gemeinderat hat die Gesamtverantwortung. Alle bisherigen Sanierungen und Optimierungen rund um den Bahnhof wurden in Zusammenarbeit mit der SBB, dem Kanton und weiteren Partnern zur Zufriedenheit der Bevölkerung ausgeführt. Auch weitere Schritte sind bereits in Planung. Dies wird aber sowohl inhaltlich als auch zeitlich wesentlich davon abhängen, wie über das Ortsbus-Projekt entschieden wird.

3. *Wäre die Einsetzung einer Kommission im Sinne der obigen Ausführungen nach Ansicht des Gemeinderates ein gangbarer und zielführender Weg, um die künftigen Herausforderungen anzugehen?*

Der Gemeinderat sieht keine weitere Kommission vor. Wir sind uns den Herausforderungen und der Verantwortung bewusst und basieren auf der bewährten Organisationsstruktur (vergleiche Antwort 4).

4. *Wie steht der Gemeinderat generell zum Aufbau eines Kompetenzzentrums für Stadtplanung, welches im Bereich der Ortsplanung und –entwicklung alle Fäden in der Hand hat und den Bedarf aller beteiligten Seiten miteinbezieht?*

Die Gemeinde Weinfelden hat mit dem Bauamt ein Kompetenzzentrum für die Ortsplanung und –entwicklung. Die Mitarbeitenden sind in den verschiedenen Fachbereichen sehr gut ausgebildet. Bei Bedarf und je nach Thematik werden zudem Begleitgruppen eingesetzt oder externe Fachpersonen bzw. Fachbüros und Experten beigezogen. Diese Organisation funktioniert seit Jahren sehr gut und hat sich bewährt. Zur Umsetzung der Nutzungsstrategie Ortskern sieht der Gemeinderat vor, eine befristete Teilzeitstelle zu schaffen, da diese Aufgabe die vorhandenen Ressourcen übersteigt.

Inhaltlich kann auf den jährlichen Geschäftsbericht verwiesen werden. Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Organisation im Detail.

Organisation Ortsplanung und -entwicklung

POLITIK	Zuständigkeit: Gemeinderat		
Strategische Ebene	Ressort Planung	Ressort Hochbau	Ressort Tiefbau
VERWALTUNG	Kompetenzzentrum		
Operative Ebene	<p>Buamt mit 7 Mitarbeitenden</p> <p>Externe Beratungs- und Planungsbüros aus den Bereichen Orts- und Raumplanung, Verkehr, Zentrumsentwicklung juristische Beratung etc.</p>		
Beratend	<p>Kommissionen mit Mitgliedern des Gemeinderates, des Gemeindeparlaments, der Bevölkerung und mit Experten</p> <p>Kommission Orts- und Zonenplanung Begleitgruppe Nutzungsstrategie Ortskern Kommission Revision Ortsplanung Bau- und Strassenkommission Fachkommission Ortsbild Kommission Natur- und Landschaftsschutz Kommission Langsamverkehr Arbeitsgruppe Ortsbus</p>		
ZUSAMMEN-ARBEIT	Partner / Eigentümer		
MITWIRKUNG	Öffentliche Workshops		
KOMMUNIKATION	Öffentliche Informationsanlässe, Info-Zeitungen, Medienmitteilungen		
ENTSCHEIDE	Gemeinderat / Gemeindeparlament / Volk		

Schlussbemerkungen

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sämtliche bisherigen Um- und Ausbauten auf dem Areal des Bahnhofs zu einer Verbesserung der Infrastruktur und des Angebots geführt haben. Der Bahnhof Weinfeld ist im öffentlichen Verkehr der

grösste Knoten im Kanton und es ist sehr erfreulich, wenn die Bevölkerung von dieser sehr guten Anbindung profitieren kann.

Selbstverständlich ist der Gemeinderat daran interessiert und wird darauf hinarbeiten, dass sich der Bahnhof positiv weiterentwickelt.

4.2. Stellungnahme der Interpellanten

Die Interpellantin **Alexandra Beck** (CVP) gibt folgende Erklärung ab:
Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung unserer Interpellation. Vielen Dank für die ausführliche und interessante Beantwortung der Interpellationsfragen. Ich nehme wie folgt Stellung: Zur 1. Frage der Planung: diverse Antworten liegen vor, es bleibt aber unklar, wann der Gemeinderat das Thema wieder aufnimmt. Zur 2. Frage: wie sieht es mit der übergeordneten mittel- bis langfristiger Planung aus? Was sind weitere Schritte, welche die Gemeinde plant? Grundsätzlich freut es mich, dass sich die Gemeinde bereits aktiv Gedanken mit dem Projekt Ortsbus am Bahnhof macht. Die Parlamentssitzung vom 15.09.2016 scheint erste Früchte zu tragen. Aber welche Schritte das sind, ist unklar. Zur 3. Frage, Einsetzung einer Kommission, habe ich folgende Bemerkungen: Das Aufzeigen der bisher bewährten Struktur in Gemeinde ist löblich, meiner Meinung nach, aber in diesem weitgreifenden Thema ungenügend. Der Verweis auf acht verschiedene Kommissionen / Arbeitsgruppen ist unnötig. Diese Kommissionen tagen zum Teil sehr unregelmässig und sind nicht ersichtlich miteinander koordiniert und was die Kommission Natur- und Landschaftsschutz mit dem Bahnhof zu tun hat, ist mir schleierhaft. Mit der Bewilligung einer Teilzeitstelle zur Umsetzung der Nutzungsstrategie Ortskern durch das Parlament ist zwar ein erster wichtiger Schritt getan, die übergeordnete Planung vom Bahnhof in Angriff zu nehmen. ABER bitte, geschätzter Gemeinderat: das „Fuder“ sollte bei dieser Stelle nicht überladen werden! Eine Kommission „Neugestaltung Bahnhofsareal“ könnte diese Teilzeitstelle, den Gemeinderat und das Bauamt in seinen Aufgaben ganz klar unterstützen. Zur 4. Frage: Aufbau eines Kompetenzzentrums Stadtplanung: Ich wiederhole gerne: Ich anerkenne, dass der Gemeinderat sich bereits intensiv mit der Umsetzung der Nutzungsstrategie Ortskern und damit auch mit der Anbindung des Zentrums an den Bahnhof und umgekehrt gemacht hat. Aber es ist nicht richtig, das Bauamt als Kompetenzzentrum für Stadtplanung zu benennen. Das Bauamt leistet in vielen Fachbereichen hervorragende Arbeit, aber meinem Kenntnisstand zufolge fehlt die entsprechende Fachkompetenz für Stadtplanung.

Ich anerkenne alles, was der Gemeinderat bisher am und zum Bahnhof Weinfelden unternommen hat. Das Bauamt als Kompetenzzentrum für Stadtplanung zu bezeichnen ist nicht richtig. Eine Kommission „Neugestaltung Bahnhofsareal“ könnte alle Involvierten in seinen Aufgaben ganz klar unterstützen. In Bezug auf die Interpellation muss gesagt werden, dass in der Antwort des Gemeinderates nur gerade zwei von sechs zentralen Themenfelder angesprochen wurden. Nicht mal annähernd gestreift wurden die Themen: Veloparking, Busbahnhof, Kurz- und Langzeitparking und Sicherheit. Geschätzter Gemeinderat: Der Bahnhof ist ein zu wichtiges und zukunftsträchtiges Gebiet in Weinfelden, um zu lange zu warten. Habt Mut Ideen zu entwickeln und diese anzupacken. Ich ermuntere den Gemeinderat, weitere Schritte dazu zu prüfen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Damit gilt das Geschäft als erledigt.

5. Verschiedenes

5.1. Eingänge:

Antrag Katrin Alder (GP) im Wortlaut: *Ich beantrage für die Planung und Abklärungen des Projektes Ortsbus für Weinfeldern einer parlamentarischen 7er Kommission mit der Möglichkeit des Hinzuziehens externen Personen.*

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Die Präsident

Der Vizepräsident

Martin Müller

Martin Brenner

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Lukas Madörin

Stefan Wolfer

Der Gemeindeschreiber:

Reto Marty